

Forum III
Wasser – Eine Frage des Geldes?
Wasserversorgung im Spannungsfeld von Handels- und Entwicklungspolitik

Ingrid Spiller – Stabsstelle Internationale Politik, Heinrich Böll Stiftung

Wasser – eine Frage des Geldes?

Jedes Jahr sterben tausende Kinder an den Folgen einer unzureichenden Versorgung mit Trinkwasser und Abwassersystemen. Insbesondere Mädchen und Frauen tragen in vielen Ländern im wahrsten Sinn des Wortes die Last der Wasserversorgung, oft auf Kosten ihrer Gesundheit und der Möglichkeit, eine schulische Bildung zu erhalten.

Die doppelte Bedrohung durch Wasserknappheit und ungleichen Zugang zu Wasser stellt eine der drängendsten menschlichen und umweltpolitischen Krisen unserer Zeit dar. Der Wettbewerb um die weltweit schwindenden Frischwasservorräte nimmt zu. Viele Länder lassen es zu, dass Wasser verschwendet wird, und vernachlässigen ihre Verpflichtung, das Recht auf Wasser für alle zu respektieren, zu schützen und durchzusetzen, wie dies im Allgemeinen Kommentar Nr. 15 des Komitees für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen definiert wird.

Dieser Rechtskommentar weist dem Staat (und den supranationalen Organisationen) einen eindeutigen Schutzauftrag gerade auch gegenüber Dritten zu, definiert Pflichten wie die Gewährleistung eines diskriminierungsfreien Zugangs zu einem Mindestmaß an ausreichend sauberem Wasser, fordert den Vorrang der Versorgung privater Haushalte vor der Industrie oder industriellen Landwirtschaft und verbietet die Zerschlagung bestehender Wasserversorgungssysteme. Damit hat das Komitee für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen in einer kontrovers geführten Diskussion Stellung bezogen und Wasser vorrangig als "öffentliches Gut" definiert. Das bedeutet nicht, dass Wasser keinen Preis haben darf, also kein Wirtschaftsgut ist. Allerdings unterliegt die Preisgestaltung anderen Kriterien als ausschließlich der Wirtschaftlichkeit.

In vielen Ländern führt unzureichendes oder auch schlechtes Regierungshandeln jedoch dazu, dass das Recht auf Wasser verletzt wird. In der Ressourcenallokation genießt der Wassersektor keine hohe Priorität. Wasservorkommen werden nicht ausreichend vor Verunreinigung oder Zerstörung geschützt. Bestehende Wasser- und Abwassersysteme werden nicht gewartet und instand gehalten, so dass der Zugang zu ausreichendem und sauberem Trinkwasser und zu Abwassersystemen verloren geht. Eine Politik der Diskriminierung bei Neuanschlüssen benachteiligt vor allem die Bewohner ärmerer Gebiete und Stadtteile.

Die von einigen Staaten durchgesetzte (Teil)privatisierung von Wasserdienstleistungen durch internationale Wasserkonzerne, die von internationalen Finanzinstitutionen und Geberländern mit direktem oder indirektem Druck unterstützt wird und sich auch im Rahmen der WTO in den Gats-Verhandlungen manifestiert, hat die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Der Privatsektor, der Gewinn machen will und muss, konzentriert sich, wie die Erfahrung zeigt, nahezu ausschließlich auf kaufkräftige städtische Zielgruppen, auf die profitablen Filetstücke der Wasserwirtschaft, während diejenigen, die Zugang zu Wasserver- und Abwasserentsorgung am nötigsten brauchen, die städtischen Armen und die ländliche Bevölkerung, nach wie vor auf öffentliche Investitionen angewiesen sind. Aufgrund des hohen Investitionsrisikos ist die Privatwirtschaft sehr viel weniger bereit, zusätzliche Finanzmittel aufbringen, als erhofft. Im Gegenteil müssen knappe öffentliche Mittel zur Risikoabsicherung und Gewinnrealisierung bereitgestellt werden. Hinzu kommt der zunehmende Protest der Konsumentinnen und Konsumenten, die sich in ihrem Grundrecht auf Wasser bei steigenden Preisen

und oft auch sinkenden Leistungen betrogen fühlen. Etliche Wasserkonzerne haben daraus bereits Konsequenzen gezogen und ihren Rückzug aus vielen Ländern des Südens angekündigt.

Auch wenn die Suche nach Mitteln und Wegen, benötigte Finanzmittel aufzubringen - hierzu gibt es aktuell interessante Ansätze wie die Einführung einer Devisentransaktionssteuer, einer Flugbenzinsteuern, die Auflegung einer internationalen Finanzfazilität u.a.m. -, wichtiger Bestandteil für die Lösung der globalen Wasserkrise ist, so lässt sich das Problem jedoch nicht primär auf die Frage des Geldes reduzieren. Notwendig ist vielmehr die demokratische Kontrolle der Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungssysteme, um dieses Grundrechte zu gewährleisten. Die Verantwortung, die Trink- und Abwasserversorgung so zu gestalten, dass es der Gesamtbevölkerung Nutzen bringt, liegt in den Ländern des Südens und des Nordens vor allem bei den Zuständigen in Politik und Verwaltung sowie bei der Öffentlichkeit, die diese kontrolliert. Die Krise im Wassersektor ist vorrangig eine Krise des öffentlichen Sektors. Deshalb müssen Lösungsansätze an der Reform des öffentlichen Sektors ansetzen anstatt ihn mit dem Bade auszuschütten.